

Basta!

Basels starke Alternative

RENTENREFORM

Rentenreform AHV 21 – Widerstand ist vorpgrammiert!



**Hände weg
von den
Frauenrenten!**

AHV 21 – so nicht!

Der Entscheid des Nationalrats fiel am 9. Juni, kurz vor dem Frauenstreik: Das Rentenalter für Frauen soll auf 65 erhöht und die AHV damit auf dem Buckel der Frauen saniert werden.

Angesichts der Tatsache, dass die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Schweiz, trotz in der Verfassung verankertem Recht auf Lohngleichheit, in den letzten Jahren grösser wurden, anstatt sich zu verringern, ist dieser Entscheid ein absoluter Affront. Als wären nicht vor 2 Jahren Hunderttausende mit den Forderungen nach mehr Lohn, Zeit und Respekt auf die Strasse gegangen.

Benachteiligung wird verstärkt

Dass bei den Renten eine krasse Benachteiligung von Frauen vorherrscht, ist mittlerweile anerkannt. Die Benachteiligungen durch tiefere Löhne oder Teilzeitarbeit, die Frauen während des Erwerbs-

lebens erfahren, verstärken sich bei den Renten. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) berechnete, dass die mittlere Pensionskassenrente der Frauen, die 2019 pensioniert wurden, monatlich 1'160 Franken, bei den Männern hingegen 2'144 Fr. betrug. Auch wenn die AHV mit der Berücksichtigung von Erziehungszeiten einen gewissen Ausgleich schafft, bleibt insgesamt eine durchschnittliche Rentendifferenz von einem Drittel.

Da ihre tiefen Renten nicht zum Leben reichen, sind viele Frauen im Alter von ihren Männern abhängig. Auch Altersarmut trifft Frauen weitaus häufiger als Männer. Und nun sollen Frauen, also nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit in den nationalen Parlamenten, ein Jahr länger arbeiten, um die AHV zu sanieren.

Verbesserungen statt Sozialabbau

Durch die Lohndiskriminierung und die

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Seite 3

Die HDP: Ein Hindernis für die
Insitutionalisierung des Faschismus in
der Türkei



Seite 5

Jetzt ist Zeit für Umverteilung!



Seite 6

Parolenfassung in Kürze
26. September 2021

TERMINE

Samstag, 04. September

Haus der Politik - Kämpfe in der Türkei
(Mehr Infos S. 3)

Montag, 13. September

Koordination

Samstag, 18. September, Bern

Demo: Hände weg von unseren Renten

Samstag, 25. September

Rot-Grünes Fest in der Aktienmühle

Sonntag, 26. September

Abstimmung (Parolen Seite 6)

Montag, 27. September

Koordination

Mittwoch, 30. September

Mitgliederversammlung (Lange Erlen Park)

Dienstag, 19. Oktober

Koordination

Montag, 01. November

Koordination

Montag, 15. November

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 03/2021

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

RENTENREFORM

unbezahlte Care-Arbeit erleiden Frauen jährliche eine Einkommenslücke von 100 Milliarden Franken. Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen soll nun noch Einsparungen von schätzungsweise 10 Milliarden Franken bis ins Jahr 2031 bringen.

Zudem drohen weitere Verschlechterungen der Renten für alle. Die bürgerlichen liebäugeln weiterhin mit einer generellen Erhöhung des AHV-Alters, und eine verirrte Jungpartei hat vor kurzem eine entsprechende Initiative eingereicht. Die Forderung nach einer Erhöhung des Rentenalters ist jedoch völlig aus der Zeit gefallen und zielt an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Was es jetzt dringend braucht ist eine Verbesserung der tiefen Löhne und Renten, echte Lohngleichheit und die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber bis auch die Sozialabbauer in den bürgerlichen Parteien dies begreifen,

braucht es wohl noch einige Frauenstreiks und verlorene Referendumsabstimmungen.

Wichtige Initiativen am Start

Die nächsten Schritte in die richtige Richtung sind vorgespurt. Die 99%-Initiative der JUSO, die im Herbst zur Abstimmung kommt, will die Kapitaleinkommen der reichsten 1% der Schweizer Bevölkerung stärker besteuern und damit der zunehmenden Ungleichheit in der Schweiz einen Riegel schieben. Ende Mai dieses Jahres wurde die Initiative des Gewerkschaftsbundes für eine 13. AHV-Rente eingereicht. Es ist auch an uns, diesen beiden Vorlagen zum Erfolg zu verhelfen.

Heidi Mück

Info:

Die Vorlage erfordert wegen der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer ohnehin eine Volksabstimmung, weil dafür die Bundesverfassung geändert werden muss. Die Frage eines Referendums stellt sich nur dann, wenn das Parlament entscheiden sollte, die Mehrwertsteuererhöhung vom Rest der Vorlage zu trennen.

18. September 2021

AUF NACH BERN!

Hände weg von unseren Renten!

AHV21 - so nicht!

Die HDP: Ein Hindernis für die Institutionalisierung des Faschismus in der Türkei

Erdogan, der seit 19 Jahren an der Macht ist, führt die Türkei Schritt für Schritt in Richtung Faschismus. Die Demokratische Partei der Völker (HDP), die bei den Wahlen vom 7. Juni 2015 13,5% der Stimmen erhielt, machte die AKP zu einer Minderheit im Parlament und beendete ihre Alleinherrschaft.

Erdogan akzeptierte diese Wahlergebnisse jedoch nicht und stürzte das Land in ein komplettes Chaos. Völlig undemokratisch und rechtswidrig annullierte er die Wahl und beschloss, sie am 2. November desselben Jahres zu wiederholen. Und gleich nach dieser Entscheidung setzte eine heftige Angriffs- und Provokationswelle gegen alle Oppositionellen des Landes, insbesondere die HDP, ein.

Einen Monat nach den Wahlen wurde in Suruç ein Selbstmordattentat gegen sozialistische Jugendliche verübt, die den Kindern in Kobane Spielsachen bringen wollten. 33 Menschen kamen bei diesem Angriff ums Leben, Dutzende wurden schwer verletzt. Nur kurze Zeit nach dem Massaker in Suruç kam es am 10. Oktober in Ankara zu einem Selbstmordattentat auf eine von Gewerkschaften, der Türkischen Ärztekammer und der HDP organisierte Friedenskundgebung. Bei diesem Angriff kamen 107

Menschen, vorwiegend HDP-Anhänger, ums Leben und fast 1000 wurden verletzt.

Obwohl für beide Angriffe der IS die Verantwortung übernahm, stellte sich heraus, dass es sich bei den Angreifern in Wirklichkeit um Personen handelte, die zuvor inhaftiert und freigelassen worden waren, die der Staat kannte und die er überwachte.

Vor seiner Niederlage am 7. Juni hatte Erdogan gesagt: "Macht uns zur Regierung, damit das ohne Blutvergiessen ende." Als er nicht an die Macht kommen konnte, "vergoss er Blut" und gewann die Wahlen am 2. November mittels Druck und Wahlbetrug.

Faschistische Allianz AKP-MHP

Der durch Wahlbetrug an die Macht gekommene AKP- und MHP-Block fand mit dem Putschversuch am 15. Juli 2016 die Chance, ihre Macht zu festigen. Die Regierung Erdogan wusste um die Putschpläne der von der Fethullah Gülen-Gemeinde kontrollierten militärischen und zivilen Gruppe, unterdrückte dann den Putsch und rief in der Türkei den "Ausnahmestand" aus.

Der Ausnahmestand, der immer noch andauert und kürzlich verlängert wurde, übergab alle Macht im Land an einen

einzigsten Mann, Recep Tayyip Erdoğan. Das Parlament wurde komplett umgangen und funktionsunfähig gemacht. Erdogan setzt die von ihm gewünschten Gesetzesänderungen nun als "Präsidentenschaftsdekret" um. Zuletzt wurde die Istanbul-Konvention, die das Ergebnis des internationalen Frauenkampfes war, mit einem Präsidialdekret beendet.

Eine Barrikade gegen den Faschismus: HDP

Die HDP, welche die Aufhebung der Gewaltentrennung und die Konzentration aller Macht in den Händen eines einzigen Führers am kompromisslosesten und schärfsten ablehnte, wurde zum Hauptziel der Angriffe der Regierung. Zehn Abgeordnete, darunter ihre Co-Vorsitzenden (Selahattin Demirtaş und Figen Yükksekdağ) und über 5000 Führungskräfte wurden festgenommen.

Die HDP, gegründet von der Kurdischen Demokratischen Bewegung, sozialistischen, feministischen, ökologischen und demokratischen Gruppen aus der Türkei, ist zum Brennpunkt des Widerstands gegen den Faschismus geworden, den Erdoğan institutionalisieren möchte. Die Reden der Abgeordneten im Parlament, der Parteivorsitzenden bei den Versammlungen und Kundgebungen, die von ihnen verfassten Artikel und die von ihnen gesendeten Tweets



HAUS DER POLITIK

04. September 2021 ab 13:30 im
Quartiertreffpunkt Klück,
Kleinhüningerstr. 205, 4057 Basel

Programm

13:30 Uhr - Einlass

14:00 Uhr - Die Geschichte der Kurden mit Kerem Schamberger

15:30 Uhr - Filmvorführung "Dil Leyla"

17:00 Uhr - Die HDP und ihre Kämpfe - im Gespräch mit Leyla İmret,
Co-Vorsitzende der HDP Deutschland

19:00 Uhr - Kulturprogramm mit Daf Connection

BastA!
Basels starke Alternative

wurden als Verbrechen angesehen und Klagen gegen die Autor*innen eingereicht. In den Anklageschriften wird behauptet, dass die HDP ein institutionelles „Kriminalitätszentrum“ sei. Aufgrund dieser noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren wurde schliesslich Anklage gegen die HDP erhoben und ein Verbot der Partei beantragt.

All diese Gerichtsverfahren, die keiner Verfassung oder Rechtsnorm entsprechen, sind rein politischer Art und haben mit Rechtssprechung nichts mehr zu tun. Die von Erdogan geführte Allianz AKP-MHP will den Faschismus in der Türkei etablieren und greift die HDP, die sie als wichtigstes

Hindernis sieht, mit allen offiziellen und inoffiziellen Mitteln des Staates an. Nicht nur Klagen, Festnahmen und polizeiliche Repressionen, sondern auch bewaffnete Angriffe gegen HDP-Mitglieder werden, von im Syrienkrieg ausgebildeten fundamentalistischen, rassistischen und faschistischen Banden, durchgeführt.

Trotz all dieser Angriffe erhält die HDP weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung, und HDP-Mitglieder kämpfen weiter.



Tuncay Yilmaz ist Mitbegründer der SYKP (Partei der sozialistischen Wiedergründung) und Mitglied der Koordination der SYKP Europa

Übersetzung: Fahriye Usta

JA ich will!



Es hätte alles so schön sein können. Am 18. Dezember 2020 sagten Ständerat und Nationalrat Ja zur Ehe für alle, nachdem über sieben Jahre mit helvetischer Langsamkeit über die Vorlage debattiert wurde. Als eines der letzten Länder in Europa erlaubte nun endlich auch die Schweiz gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe. Schliesslich garantiert die Bundesverfassung in Artikel 14 das Recht auf Ehe und Familie allen, die Einführung der Ehe für alle ist also ein längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung. Aber die Freude hielt nur kurz. Ein überparteiliches Komitee aus christlich-konservativen und vor allem rechten Politikern und Politikerinnen sieht darin eine «Verwässerung des Instituts Ehe» und hat erfolgreich das Referendum ergriffen. Deshalb muss nun das Volksmehr am 26. September über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare entscheiden.

Aus linker feministischer Sicht gibt es durchaus Gründe, die Institution Ehe als ein Relikt des Patriarchats zu verstehen, dass es abzuschaffen gilt. Wieso also ist es so bedeutend, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen?

Gesetzliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Liebe

Die Ehe für alle ist in erster Linie eine gesetzliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Liebe. Der bisherige Ausschluss gleichgeschlechtliche Paare aus der Ehe impliziert, dass ihr Bedürfnis nach Bestätigung und Schutz ihrer intimen Beziehung als menschliche Wesen weniger Aufmerksamkeit verdient und es bedeutet, dass ihnen eine geringere Fähigkeit zu lieben, sich zu binden und Verantwortung zu übernehmen zugestanden wird, als heterosexuellen Paaren. Die Einführung der Ehe für alle hat auch positive Signalkwirkung für das gesellschaftliche Miteinander. So zeigen Studien, dass in Ländern, welche die Ehe für alle bereits eingeführt haben, die Vorurteile und Übergriffe gegenüber LGBTI*-Personen abgenommen haben.

Es hat aber wichtige rechtliche Gründe, weshalb die Öffnung der Ehe für alle ein längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung ist. Gleichgeschlechtlich liebenden Menschen wird der Zugang zu ehelichen Erb- und Sozialversicherungs-

EHE FÜR ALLE!

rechten, dem ehelichen Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung, der erleichterten Einbürgerung, und der Zugang zur gemeinsamen Adoption verwehrt. Seit 2007 haben gleichgeschlechtliche Paare lediglich die Möglichkeit, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Den Zivilstand «in eingetragener Partnerschaft» gibt es nur für gleichgeschlechtliche Paare. Zwar bietet die eingetragene Partnerschaft gewisse rechtliche Absicherungen, sie ist aber nicht mit denselben Rechten und Pflichten verbunden wie die Ehe. Im Gegenteil. In vielen wichtigen Bereichen wie Einbürgerung, Güterrecht, Hinterlassenenrente und Adoption bietet sie deutlich weniger Rechte.

Hinzu kommt, dass die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlich liebende Paare immer wieder zu Outings der eigenen sexuellen Orientierung zwingt und sie sich damit potentieller Diskriminierungen und sozialer Ausgrenzung aussetzen müssen. Denn in gewissen Dokumenten wie Arbeits- oder Mietverträgen muss die eingetragene Partnerschaft angegeben werden.

Wir stehen vor einem historischen Entscheid! Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen und gleichgeschlechtliche Liebe endlich auch gesetzlich anzuerkennen!



Sina Deiss, Co-Präsidentin Basta!

Jetzt ist Zeit für Umverteilung!



In Anlehnung an den Spruch über das Pflanzen eines Baumes könnte man sagen: Die beste Zeit, das Kapital gerecht zu verteilen, war vor x Jahren, die zweitbeste Zeit ist heute. Die Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» bietet dazu Gelegenheit.

Je stärker die Einkommensschere in einer Gesellschaft auseinanderklafft, desto undemokratischer und empfänglicher für radikale und populistische Einflüsse wird sie, desto schlechter und ungesünder lebt sich das Leben eines Durchschnittsmenschen. Eine häufig genannte Sorge bezüglich den Veränderungsversuchen zugunsten einer gerechteren Verteilung ist, dass bei einer Umverteilung (zum Beispiel über eine Steuererhöhung) die Mittelschicht die Kosten tragen würde und «solidarisch verarme». Dieser Vorwurf wird aus dem rechten Lager immer wieder hörbar.

Aus meiner Perspektive sind es dagegen genau die Linken, die das Interesse der Mittelschicht am besten vertreten. Die wirksamsten und elegantesten linken Strategien gegen Ungleichheit kreisen nämlich um die Umverteilung des Ressourcenüberflusses. Die Ideen einer freiwilligen Gönnerschaft lassen wir hier ausser Acht. Auf das Wohlwollen und die Generosität von Grossvermögenden zu zählen finde ich illusorisch und auch nicht fair – eine zu grosse Verantwortung für ein Individuum. Daher können wir das Umverteilen nur mit politischen Regulierungen organisieren mit dem Ziel, wenn immer möglich den Kapitalüberfluss nach klaren und transparenten Vorgaben systemisch dorthin fliessen zu lassen, wo er am besten das Leiden minimiert - so wie im Fall der 99%-Initiative gedacht.

Die Kapitalgewinne (Dividenden, Aktiengewinne und Zinsen) von über 100'000 CHF jährlich sollen eineinhalbfach so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Die

Abkürzung 99%-Initiative kommt von der Vorstellung, dass durch die moderate Mehrbelastung des (grob gerechneten) einen reichsten Prozents der Bevölkerung die restlichen 99 Prozent profitieren können.

Die Initiative ist gut gedacht und in der Tat für die Vermögenden schonend. Seien wir ehrlich: 100'000 CHF Kapitaleinkommen hat nichts mehr mit Eigenverdienst, Produktivität und schon gar nichts mehr mit Gerechtigkeit zu tun. Dafür braucht es ein Startkapital. Ein Startkapital das mindestens teilweise vererbt, geschenkt oder mit Glück gewonnen wurde und so gross ist, dass es auch bei höherer Besteuerung der Rendite weiterhin riesig bleibt. (Keine Sorge! Die Superreichen werden weiterhin weitaus mehr Geld zur Verfügung haben, als sie ausgeben können.)

Nur damit es klar ist, worüber wir sprechen, hier eine kurze Berechnung. Aus Platzmangel beschränke ich mich auf den Fall einer risikofreudigen Investorin, die alle Rendite aus den Aktien (und nicht aus den zurzeit sehr tief verzinsten Obligationen) erzielt. Die Gewinne variieren je nach Portfolio, Glück und genereller Konjunktur stark. Das Nachschlagen bringt sehr unterschiedliche Ergebnisse: www.boerse.de geht bei einem langfristigen Anlagehorizont von Durchschnittsgewinnen von 8,3% aus, FinanzKun.de von 10%. Die Genfer Privatbank Pictet veröffentlicht eine Langzeitstudie über die Performance von Aktien in der Schweiz und kommt auf ein Durchschnittsergebnis von 7,8%. Ich runde optimistisch auf 10% auf. Damit unsere hypothetische Anlegerin 100'000 rausholen kann, muss sie also mindestens eine Million angelegt haben.

Nun möchte ich kurz darauf eingehen, was ich bezüglich der Initiative in den Medien beobachte.

Wenn Journalist:innen sich um eine ausgewogene, professionell-neutrale Haltung

bemühen und dabei nach Argumenten für und gegen eine Vorlage suchen, finde ich das erstrebenswert: im Feuer der Auseinandersetzung werden die Ideen geprüft und verbessert. Im Fall der Initiative werden jedoch Argumente wiederholt, die falsch und mehrfach widerlegt worden sind. Auf der Seite der Komitees «99%-Nein» sind verschiedene Punkte aufgeführt, die in rechtsliberalen Beiträgen weitverbreitet und auch in den sozialen Medien zitiert werden. Die meisten davon sind Ableger des Hauptarguments, dass die Initiative KMUs gefährden würde. Dies tut sie nicht, da es ausschliesslich um das Besteuern von Privatpersonen geht. Auf dieses simple Gegenargument wird jedoch nirgends weiter eingegangen. Auch das Argument, dass durch die Initiative die Mittelschicht betroffen ist, ist – wie meine Berechnungen oben zeigen – aus der Luft gegriffen. Wer über eine Million Franken in Aktien besitzt, wer sich über 100'000 Franken Gewinn pro Jahr auszahlen lassen kann, ist ganz offensichtlich von der Lebensrealität der ökonomischen Mittelschicht weit entfernt. Solche irreführende Argumente werden ins Feld geführt, um eine unbegründete Position mindestens auf den ersten Blick vernünftig und wissenschaftlich erscheinen zu lassen. Die Ethik wird, um des Erfolgs Willen, geopfert - so ist es nun in der Politik manchmal. Gefährlich finde ich jedoch, wenn auch in den Mainstream-Medien zugunsten der Geschwindigkeit oberflächlich berichtet wird und haltlose Argumente übernommen werden, ohne diese zu relativieren. Auf diese Weise wird den gemässigten und politisch noch unentschiedenen Medienkonsument:innen suggeriert, dass die Initiative einer kritischen Prüfung nicht standhält. Das sehe ich in dieser Form nicht.

Auf eine überzeugende Argumentation der Gegenseite wartend, schlage ich vor: lasst uns die Verteilung der Ressourcen vorantreiben. Lasst uns offen für Gegenargumente und Diskussionen bleiben und neugierig auf kreative Lösungen. Und setzen wir uns dafür ein, dass gute, moderate Initiativen in aller Ruhe unsere Gesellschaft verbessern.



Miriam Wieteska-Zimmerli,
Co-Präsidentin BastA!

Basel lebt – als Vision für eine BastA! Mobilitätsstrategie



Fotomontage Feldbergstrasse

Stell dir vor... Basel ist eine lebendige und schöne Stadt, bietet Raum für alle, und dieser Platz wird von Menschen und Tieren zum Leben und Sein genutzt. Ausgehend von dieser Vision hat die AG Mobilität ein Strategiepapier zur Diskussion in der Mitgliederversammlung erarbeitet. Damit soll eine Verständigung über die Ziele von BastA! im Bereich Mobilität stattfinden, um eine eigenständige Position in diesem wichtigen Themenfeld zu entwickeln.

In den letzten Monaten diskutierten wir in der AG Mobilität darüber, was uns in Sachen Verkehr in Basel antreibt, wo politisch etwas in Gang kommt und wer blockiert. Zurzeit wird das Stadtbild von Asphalt-Strassen und motorisiertem Verkehr dominiert und Basel ist weitgehend auf die Nutzung mit Kraftfahrzeugen ausgerichtet. Wir halten das mit Blick auf die Klimakrise und die Lebensqualität für keine zukunftsfähige Lösung. Zudem besteht für die meisten Bewohner:innen eine Ungerechtigkeit betreffend des verfügbaren Lebensraums. Wer kein Auto besitzt (also über die Hälfte der Basler Haushalte) kann einen grossen Teil des öffentlichen Raums nicht nutzen.

Wir haben drei verkehrspolitische Ziele formuliert, die uns für BastA! wichtig erscheinen. Damit soll die klassisch grüne Politik um die soziale Dimension erweitert und mit der Forderung nach einer gerechten

Teilhabe aller am öffentlichen Raum verbunden werden. Das erste Ziel ist die Umverteilung des Lebensraums. Wir wollen einen Anteil der heutigen Verkehrsfläche an die Bevölkerung zurückgeben bzw. diese soll partizipativ entscheiden, wie ihre Quartierstrassen gestaltet werden sollen.

Zweitens möchten wir mehr Lebenszeit gewinnen. Entflechtung oder Entschleunigung sind aus unserer Sicht die richtigen Ansätze für weniger Stress auf den Strassen.

Drittens verstehen wir Solidarität als zentralen Wert für eine Mobilitätsstrategie von BastA!. Damit meinen wir gegenseitige Rücksichtnahme zwischen den Verkehrsteilnehmenden, aber auch Stärkung der kollektiven Mobilität und insbesondere des Trams als nachhaltigstes Massentransportmittel.

Wir fordern daher:

- ÖV-Achsen, auf denen das Tram Vorrang hat («Grüne Welle»).
- Mehr Begegnungszonen, auf denen Fussgänger:innen Vortritt haben und Höchsttempo 20 gilt.
- Definierte Strassen, die ein zügiges Vorwärtskommen erlauben, mit breiten Spuren für Velofahreri:nnen.
- Grünflächen, schattenspendende Alleen und Plätze zum Verweilen.

Parolen vom 26. September 2021

National

JA zur Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

JA zur Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

Kantonal

JA zum Grossratsbeschluss vom 10. März 2021 betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hömliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums

NEIN zur kantonalen Volksinitiative «für erschwingliche Parkgebühren»

- Eine kreative Bepflanzung von öffentlichen Rabatten zum Nutzen der Bevölkerung (z.B. Gemüse statt Zierblumen).

- Die weitgehende Abschaffung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund. Parkhäuser werden geschlossen, keine neuen gebaut. Auf Privatgrund werden Parkplätze eingeschränkt.

Wir wünschen uns ein besseres Klima, mehr Lebensraum, Freiheit und Sicherheit. Stell dir vor... Basel als lebendige und schöne Stadt ist nicht nur eine Vision, sondern kann Realität werden.

Natalie Berger, Sina Deiss, Christian Faessler, Hugo Fox, Beat Leuthardt, Tonja Zürcher

Gewerkschaften wehren sich

1989 bricht die Berliner Mauer auf. Das „Ende des Kalten Krieges“ weckt Hoffnungen. Aber das Kapital strebt nun noch aufdringlicher zur höchsten Rendite. Wie sich Gewerkschaften als soziale Gegenmacht formieren, beschreiben Vasco Pedrina und Hans Schäppi in ihrem Buch „Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung“ (Rotpunktverlag, Zürich 2021, 254 S., SFr. 25.-).

Der neoliberale Vormarsch und Globalismus verschärfen in den 90er-Jahren rezessive Einbrüche und Erwerbslosigkeit auch in der reichen Schweiz. Gewerkschaften wehren sich und weiten ihre Aktivitäten u.a. im Dienstleistungsbereich aus. Bislang berufsständisch und industriell orientiert, organisieren sie sich nun mehr branchenübergreifend und international.

Widerständig vereint

Rechtsnationale und finanzgetriebene Eliten forcieren seit den 1990er-Jahren einen „Klassenkampf von oben“. Sie stecken viel Geld in eine Politik, die öffentliche Einrichtungen privatisiert und wirtschaftliche Verbindlichkeiten dereguliert. Gewerkschaften halten widerständig vereint dagegen. 1992 fusionieren die Gewerkschaft GBH (Bau und Holz) und die GTCP (Textil, Chemie, Papier) zur GBI (Bau und Industrie). Der SMUV (Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen) erweitert sich und kooperiert eng mit der GBI. Davon zeugt eine neue Dienstleistungs-Tochtergewerkschaft namens „unia“. Mit dem VHTL (Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel) zusammen, konstituieren sich dann alle 2004 auf nationaler Ebene zur Unia (für Arbeitnehmende aus Industrie, Gewerbe, Bau und privaten Dienstleistungen).

Die Unia hat heute 180'000 Mitglieder, 25 Sektionen in 13 Regionen, 74 lokale Sekretariate, 1130 Angestellte und eine unabhängige Arbeitslosenkasse, die jährlich über eine Milliarde Franken auszahlt. 265 von der Unia mitgetragene Gesamtarbeitsverträge kommen 1,3 Millionen Beschäftigten zugute. Zentral ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Er kooperiert seit den 90er-Jahren intensiver mit diversen Angestellten- und Berufsverbänden, engagiert sich in der 1995 gebildeten Ebenrain-Konferenz, die etliche Zusammenschlüsse von Arbeitnehmenden umfasst, und arbeitet auch eng mit dem Dachverbund Travail.Suisse zusammen, der 2002 aus dem Christlich nationalen Gewerkschaftsbund (CNG) und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) entstanden ist.

Wirksam agieren

Die neu strukturierten Gewerkschaften haben mit andern sozialen Kräften die neoliberale Offensive zurück gedämmt, eine weitere Spaltung der Arbeitnehmenden verhindert, die Arbeitsbedingungen verbessert und gerechter gestaltet. Zum Beispiel über erfolgreiche Mindestlohnkampagnen, besonders in typischen „Frauenbranchen“. Hinzu kommen weitere Aktivitäten. So etwa für die Mutterschaftsversicherung, für die Personenfreizügigkeit, für flankierende Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und für das Rentenalter 60 auf dem Bau.

Auf dem Umschlag des Buches sind lauter rote Fahnen sowie Bauarbeitende zu sehen, die an einem nationalen Streiktag beim Baregg Tunnel eine Stunde die Autobahn blockieren und für das Rentenalter 60 demonstrieren. Das Bild veranschaulicht, wie wirksam Gewerkschaften als soziale Bewegungen agieren und sich für einen sozialen, ökologischen Umbau der Gesellschaft engagieren.

Das gehaltvolle Buch umfasst zehn Kapitel. Die Autoren sind aktive Gewerkschafter. Sie reflektieren auch selbstkritisch Widersprüche zwischen Demokratisierung, Professionalität und Bürokratisierung. Vertiefende Debatten sind erwünscht.

Ueli Mäder



ISBN 978-3-85869-936-7, 1. Auflage

Herausgegeben von der Gewerkschaft Unia,
Vasco Pedrina und Stefan Keller

Erschienen am 04.06.2021

Kampfjets: teuer und nutzlos

Im September des letzten Jahres haben die Stimmberechtigten mit einem hauchdünnen Zufallsmehr von 50.1% der Beschaffung neuer Kampfjets zugestimmt. Die Grundsatzfrage, ob die Schweiz überhaupt neue Kampfflugzeuge kaufen soll, ist damit vorläufig vom Tisch.

Nun hat sich aber der Bundesrat bei der Typenwahl ausgerechnet für die teuerste und politisch umstrittenste Variante entschieden, den amerikanischen F-35. 36 Flugzeuge dieses Typs will der Bund für 5 Milliarden Franken kaufen. Rein vom Beschaffungspreis her ist dies zwar die günstigste der zur Auswahl stehenden Varianten. Doch rechnet man die Kosten für Unterhalt und Wartung dazu, dürften diese überdimensionierten und technisch hoch komplexen Kampfjets den Bund über die ganze Betriebsdauer hinweg rund 25 Milliarden Franken kosten.

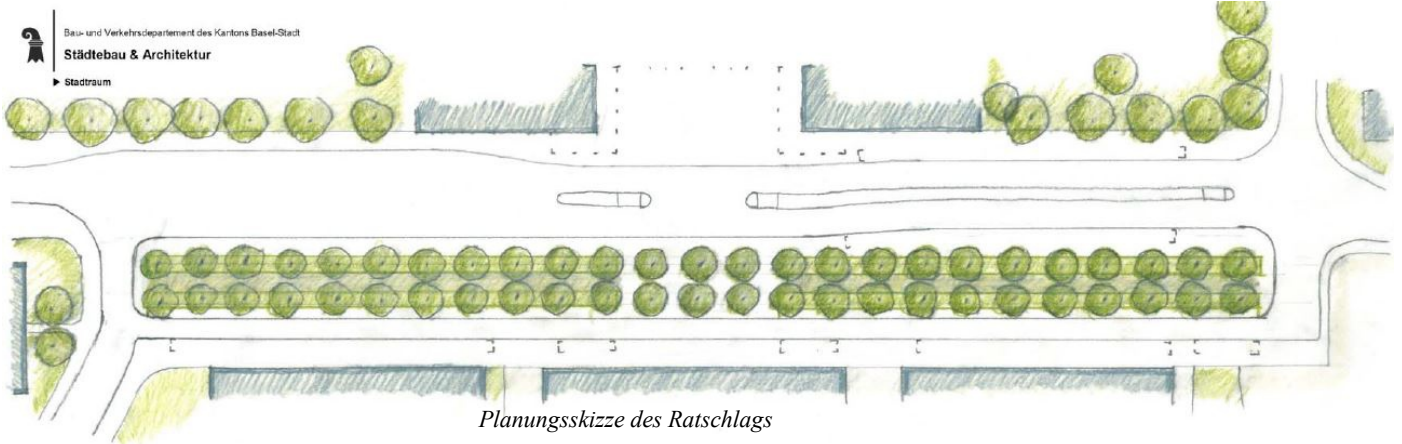
Doch nicht nur die Kosten sprechen gegen den F-35. Dieser Kampfjet wurde für Kampfeinsätze entwickelt und ist für luftpolizeiliche Aufgaben, wie sie in der Schweiz im Vordergrund stehen, höchst ungeeignet. Auch würde sich die Schweiz in eine noch grössere Abhängigkeit von den USA begeben, oder – wie es SP-Nationalrätin Priska Seiler-Graf ausdrückt: «Beim F-35 fliegen die amerikanischen Geheimdienste immer im Cockpit mit.»

Da der Typenentscheid des Bundesrates nicht dem Referendum unterliegt, bleibt dieser Weg, den F-35 zum Absturz zu bringen, versperrt. Ein Bündnis aus GSaA, SP und Grünen hat deshalb beschlossen, eine Initiative zu lancieren, um den F-35 zu verhindern. An der Urne hat diese Initiative reelle Chancen, dürften sich doch auch bürgerliche Kreise, die nicht grundsätzlich gegen neue Kampfjets sind, aber mit der Typenwahl des Bundesrates hadern, gegen den F-35 aussprechen. Die Initiative soll noch im Verlauf des Monats August lanciert werden.

Grundsätzlich bleibt anzumerken, dass der Kauf neuer Kampfjets, welchen Typs auch immer, Ausdruck einer völlig verfehlten Sicherheitspolitik des Bundes ist. Gegen die aktuellen Bedrohungen wie die Coronapandemie, die Klima- oder die Care-Krise, die weltweite Flüchtlingskatastrophe, die soziale Polarisierung der Gesellschaften etc. sind Kampfjets nicht nur völlig nutzlos, sondern binden auch Gelder in Milliardenhöhe, die anderswo dringend gebraucht würden.

Martin Flückiger

Schluss mit grau – Ja zum modernen Friedhofsvorplatz beim Hörnli



Planungsskizze des Ratschlags

Der grösste Friedhof der Schweiz öffnete vor knapp 90 Jahren seine Gräber. Die Jahre haben dem parkähnlichen und naturnah gestalteten Gottesacker gutgetan – nicht aber dem Vorplatz, der weder zeitgemäss noch würdevoll ist. Unterdessen erinnert er fast an den Parkplatz eines verlotterten Provinzflugfeldes. Der Platz hat gravierende ökologische und verkehrstechnische Defizite. Einige Bäume mussten bereits gefällt werden; andere haben nicht genug Wurzelraum oder drohen bei ausbleibendem Regen auszutrocknen. Bei den Haltestellen für den ÖV fehlt die hohe Haltekante, Veloparkplätze sind Mangelware, für Fussgänger*innen ist die Strasse nicht sicher.

Der Vorplatz muss saniert werden. Das ist unbestritten. Für grossen Wirbel sorgte die vorberatende Umwelt, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek). Sie ergänzte die Vorlage der Regierung zur Umgestaltung des Hörnli-Vorplatzes mit einem städtebaulichen Anliegen: Friedhof und Friedhofsvorplatz sollen wieder eine Einheit bilden, 16 zusätz-

liche Bäume sollen gepflanzt und mehr Grünflächen und Flächen für den Fussverkehr geschaffen werden. Dafür würde eine versiegelte Fläche mit 48 Parkplätzen verschwinden. Mit diesem Zusatz nahm der Grosse Rat am 10. März 2021 die Vorlage an. Dagegen ergriff ein überparteiliches Komitee das Referendum, das innerhalb von wenigen Wochen zustande kam.

Auf den ersten Blick mag das verwundern: Wie kann jemand in Zeiten des Klimawandels dagegen sein, Bäume zu pflanzen, Parkplätze aufzuheben und gleichzeitig den Vorplatz des grössten Friedhofs der Schweiz würdevoller zu gestalten? Hat es zu wenig Parkplätze? Ganz sicher nicht! Beim Friedhof und unmittelbar angrenzend stehen auch nach der Umgestaltung 293 Parkplätze zur Verfügung. Auf dem Vorplatz sind es immer noch 43. Aus der Zeit der Friedhoferöffnung scheint allerdings die Preisgestaltung der Parkkarten zu sein: Sie kosten acht Franken – pro Jahr! Auf ein solches Schnäppchen wollen v. a. Pendler*innen nicht verzichten. Wer wegen einer Beerdigung aufs Hörnli kommt, kann entweder den ausgezeichnet ausgebauten ÖV oder die Parkplätze direkt beim Kapellenhaus nutzen.

Wahr ist: Von der Umgestaltung des Hörnli-Vorplatzes profitieren alle Verkehrsteilnehmenden – mit Ausnahme des motorisierten Individualverkehrs. Die urbane Lebensqualität wird verbessert, der Friedhofsvorplatz ökologisch sowie städtebaulich massiv aufgewertet und die Bäume können sich vital entwickeln. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Vorlage angenommen wird. Ein Nein wäre verheerend: die Bushaltestellen würden nicht behindertengerecht, Velomassnahmen würde es keine geben, die Sicherheit der Fussgänger*innen bliebe mangelhaft, die Bäume würden weiter darben und am würdelosen Vorplatz des grössten Schweizer Friedhofs hätten weiterhin eigentlich nur die Jahresparkkartenbesitzer*innen ihre Freude.



Mike Gosteli, Einwohnerrat Riehen



... gut zu wissen

Schon vor über 100 Jahren – 1919 – entschied die Basler Regierung, am Fusse des Grenzacher Horns sei der geeignete Ort für einen dringend benötigten neuen Zentralfriedhof. Nach einem Wettbewerb, Nachbesserungen und langjährigen Planungen begannen im Oktober 1926 die über fünf Jahre dauernden Bauarbeiten.

Die umfangreichen Arbeiten wurden zum grössten Teil als «Notstandsarbeiten» ausgeführt. Aufgrund der damals hohen Arbeitslosigkeit erhielten private Firmen nur dann einen Auftrag, wenn sie einen bestimmten Prozentsatz an Arbeitslosen beschäftigten. Zahlreiche Klagen und Eingaben lassen darauf schliessen, dass das Konzept versagte. Bei schlechtem Wetter ruhte die Arbeit, und der Stundenlohn von Franken 1.35 fiel aus. So wären die Arbeiter manchmal besser gefahren, wenn sie erwerbslos von sozialer Unterstützung gelebt hätten. Nur dank ihrem unermüdlichen Einsatz konnte der grösste Friedhof der Schweiz wie geplant am 1. Juni 1932 eröffnet werden. Sie – und nur sie - sorgten dafür, dass das Budget von 7,23 Millionen Franken nicht überschritten wurde.